

Beschlussprotokoll der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 30.01.2019

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Tagungsort: Bürgersaal, Franz-Schmidt-Str. 3, OT Schildow

Anwesenheit siehe Teilnehmerliste

Frau Bonk
Frau M. Voigt

FBL Finanzen, Verwaltung, Soziales
Protokollantin

Gäste: Leiterin Hort Kinderland:
Frau Gerigk
Herr Grimm, Herr Müller, Herr
Peter
Rundendreher e.V.: 2 Mitglieder
Bürger: ca. 55

Tagesordnung

I. öffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	01	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
	02	Informationen des Bürgermeisters
	03	Informationen des Ausschussvorsitzenden
	04	Einwohnerfragestunde
	05	Bestätigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.11.2018
	06	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung
III/0741/19	07	Verfahrensweise bei krankheitsbedingten Ausfällen von Personal in den Kitas der GML
III/0742/19	08	Beratung zum Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 35 „Sportstätte Schönfließ - Am Reitweg“, OT Schönfließ
	09	Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder

II. nichtöffentlicher Teil:

<u>Vorlagen-Nr.</u>	<u>TOP</u>	<u>Vorlage</u>
	10	Bestätigung der Niederschrift über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 07.11.2018
	11	Informationen des Bürgermeisters
	12	Informationen des Ausschussvorsitzenden
	13	Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder

Niederschrift

I. öffentlicher Teil:

TOP 01: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Saro eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 02: Informationen des Bürgermeisters

Frau Bonk informiert:

- Die Einvernehmenserklärung der Kommunalaufsicht bezüglich der Kita-Satzung ist Ende 2018 schriftlich in der Verwaltung eingegangen. Die Veröffentlichung erfolgt im kommenden Amtsblatt.

TOP 03: Informationen des Ausschussvorsitzenden

Keine Informationen.

TOP 04: Einwohnerfragestunde

Herr Saro macht darauf aufmerksam, dass in dieser Sitzung Wortmeldungen der Bürger, außerhalb der Einwohnerfragestunde möglich seien.

Herr Peter teilt mit, dass beabsichtigt werde einen „Verein gegen Umweltverschmutzung, für aktiven Klimaschutz“ zu gründen. Er erläutert, wie die Vereinsarbeit geplant sei und deren Ziele.

TOP 05: Bestätigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 07.11.2018

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
4	4	0	0	0

TOP 06: Änderungsanträge zur Tagesordnung und Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis				
anwesend	ja	Nein	Enthaltung	ausgeschl.
4	4	0	0	0

TOP 07: Verfahrensweise bei krankheitsbedingten Ausfällen von Personal in den Kitas der GML

Herr Saro verweist auf den durch die Verwaltung ausgearbeiteten Entwurf des Notfallplans. Er schlägt vor, dass heute jeder die Möglichkeit habe seine Änderungswünsche vorzubringen.

Frau Bonk informiert, dass der vorliegende Entwurf des Notfallplans durch die Verwaltung erarbeitet wurde, eine diesbezügliche Rücksprache mit den Leitungen der Einrichtungen im Vorfeld aus zeitlichen Gründen leider nicht möglich war. Sie weist darauf hin, dass eine Diskussion bezüglich des organisatorischen Teils innerhalb des Sozialausschusses bzw. Kitaausschusses möglich sei. Die Personalhoheit bestehe ausschließlich in der Verwaltung. Am 20.02.2019 ist eine Beratung der Leitungen der Kindereinrichtungen gemeinsam mit der Verwaltung vorgesehen. Innerhalb dieser Beratung werden eine Diskussion bezüglich des Notfallplans geführt. Eine Umsetzung des Notfallplan sei nur im Rahmen des gesetzlichen Personalschlüssels möglich. Eine diesbezügliche eventuelle Änderung bedarf einer politischen Entscheidung.

Frau Bündge meint, dass der Notfallplan eine zeitliche Begrenzung enthalten müsse. Eine Mehrarbeit der Erzieher sei aus ihrer Sicht nicht möglich. Sie meint, dass präventive Maßnahmen notwendig seien.

Frau Bonk erläutert, dass die Abwesenheit der Erzieher nicht täglich berechnet werde. Beim Fehlen von Kindern werde der Schlüssel nicht geändert bzw. die Anzahl der Erzieher nicht gemindert. Sie erfragt konkrete Vorschläge der Prävention.

Frau Bündge antwortet, dass bei einem hohen Krankenstand der Erzieher, „Ersatzerzieher“ zur Verfügung stehen.

Frau Zanow sagt, dass es einen gesetzlich vorgeschriebenen Personalschlüssel gebe. Sie verstehe unter einem Notfall eine besondere Notlage, z.B. könnten in diesen Fällen bereits pensionierte Erzieher einspringen. Sie weist darauf hin, dass der gesetzliche Personalschlüssel in der Gemeinde bereits überschritten werde.

Frau Bündge hat die Befürchtung, dass bei einer notwendigen Schließung einer Kindereinrichtung, keine Möglichkeit bestehe das Kind/die Kinder zu betreuen.

Herr Saro meint, dass es diesen Fall bisher noch gab, aber eine Berücksichtigung vorgesehen sei.

Frau Tirado sagt, dass in den Kindereinrichtungen aus ihrer Sicht ein ständiger Personalmangel herrsche. Sie vermisst den finanziellen Ausgleich für die Eltern bei einer verkürzten Betreuung der Kinder. Sie meint,

dass im Notfallplan präventive Maßnahmen (z. B. Rückenschule) enthalten sein sollten. Sie ist weiterhin der Meinung, dass die Mehrheit der Eltern bereit seien, bei einer Überschreitung des Betreuungsschlüssels einen höheren Elternbeitrag zu leisten. Sie spricht sich dafür aus, dass alle Leiterinnen zu 100% von ihrer Tätigkeit freigestellt werden. Sie meint, dass damit im Notfall acht Erzieher für die Kinderbetreuung zur Verfügung stehen würden.

Frau Kopitz ist der Meinung, dass der Betreuungsschlüssel ständig ausgereizt sei. Sie ist mit der Haltung der Verwaltung nicht einverstanden. Es müsse etwas zur Personalbindung unternommen werden.

- Frau Rennspieß nimmt ab 19.00 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Saro erinnert daran, dass bereits zwei Erzieherstellen über dem gesetzlichen Betreuungsschlüssel, durch die Gemeinde zu 100% finanziert werden. Eine Erhöhung des Leitungsanteils sei in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung ein Tagesordnungspunkt.

Frau Hawlitschek hält die „Aktivierung“ von pensionierten Erziehern für ungünstig. Das „Einspringen“ von Elternteilen sei aus ihrer Sicht nicht möglich, z.B. fehlendes Führungszeugnis. Sie meint, dass derzeit eine Beaufsichtigung der Kinder nicht in ausreichendem Umfang sichergestellt sei. Aus ihrer Sicht seien zwei zusätzliche Kräfte nicht ausreichend.

Herr Hentschel sagt, dass der gesetzliche Betreuungsschlüssel aus seiner Sicht nicht ausreichend sei. Er meint, dass zusätzliche Stellen notwendig seien, um z.B. krankheitsbedingte Ausfälle auszugleichen. Aus seiner Sicht seien die Eltern auch bereit diese zusätzlichen Stellen, mit den Elternbeiträgen zu tragen.

Herr Zahn weist darauf hin, dass viele Erzieher überfordert seien, bedingt durch die derzeitige Arbeitssituation. Er meint, dass eine Änderung dringend erforderlich sei.

Ein Bürger ist der Meinung, dass im Bereich Gesundheitsmanagement Handlungsbedarf bestehe. Er erkundigt sich, wie viel Erzieher derzeit in der Gemeinde Mühlenbecker Land (GML) angestellt seien.

Frau Bonk antwortet, dass z.Z. ca. 100 Erzieher angestellt seien (überwiegend in Teilzeit).

Herr Zahn möchte wissen, ob festgehalten werde, wie hoch der Krankenstand sei. Er meint, dass dieser Krankenstand mit eingerechnet werden müsse und dementsprechend mehr Personal zu beschäftigen sei.

Frau Bonk antwortet, dass nur die Möglichkeit bestehe, Personal nach dem gesetzlichen Betreuungsschlüssel einzustellen. Jede Änderung bedarf einer Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung. Für die mögliche Erhöhung des Leitungsanteils wurden bereits die nötigen finanziellen Mittel im Haushalt 2019 berücksichtigt. Eine Erhöhung des Betreuungsschlüssels müsse zu 100% von der Gemeinde finanziert werden. Bisher wurde der gesetzliche Betreuungsschlüssel immer eingehalten. Der Gesetzgeber schreibt vor, dass krankheitsbedingte Ausfälle unter 6 Wochen über den Betreuungsschlüssel auszugleichen seien. Derzeit sei keine Erzieherin über 6 Wochen erkrankt. Es werden krankheitsbedingte Ausfälle nach Möglichkeit durch Stundenerhöhungen bei Erziehern ausgeglichen. Die Einstellung von zusätzlichen Auszubildenden / Praktikanten/innen sei leider nicht möglich, da diese eine Anlernphase / Betreuung benötigen, die durch die Kita-Leitung nicht gewährleistet werden kann. Sie weist darauf hin, dass nur die Einstellung von staatlich anerkannter Erzieher möglich sei, leider ist die Resonanz bei Stellenausschreibungen derzeit sehr gering.

Ein Bürger äußert sein Unverständnis darüber, dass von Seiten der Verwaltung jetzt und hier keine konkrete Aussage über den aktuellen Krankenstand getroffen werden kann. Er fordert die Verwaltung auf, präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Saro weist darauf hin, dass bei einer Einstellung von zusätzlichen Erziehern (oberhalb des Betreuungsschlüssels) diese zu 100% durch die Gemeinde zu finanzieren seien. Dies bedeute Kürzungen an anderen Stellen (z.B. Bau von Sportanlagen, Unterstützung der Jugendclubs usw.).

Frau Tirado stimmt dem nicht zu, sie meint, dass dann auch ein Zuschuss möglich sei.

Herr Saro sagt, dass eine Kürzung an anderer Stelle unumgänglich sei. Er werde in der kommenden Sitzung der Gemeindevertretung dieses Thema ansprechen und somit eine diesbezügliche Diskussionsgrundlage schaffen.

Herr Berschneider bemängelt, dass die Protokolle der Kita-Ausschüsse den Mitgliedern des Sozialausschusses nicht zur Einsicht zur Verfügung stehen. Er hält eine Unterstützung des Landkreises / des Landes für erforderlich. Aus seiner Sicht sei die Trennung von Schule und Hort sehr ungünstig.

Herr Hentschel spricht die mögliche Bildung einer Arbeitsgruppe an, um Ideen und deren mögliche Umsetzung zu erarbeiten und vorzubringen. Er bemängelt, dass die Reaktivierung der Heidekrautbahn finanziert und umgesetzt werde und im Gegenzug keine Mittel vorhanden seien um zusätzliche Erzieher einzustellen.

Er meint, dass hier die Unterstützung durch das Land notwendig sei. Er spricht sich dafür aus, dass in der Gemeinde der Betreuungsschlüssel überschritten werde. Er vermutet auch, dass die Mehrheit der Eltern bereit sei, bei einer Überschreitung des Betreuungsschlüssels einen höheren Elternbeitrag zu leisten. Er hinterfragt die rechtliche Bindung seitens des Trägers an diesen Schlüssel. Auch eine kurzfristige Erhöhung der zu leistenden Arbeitsstunden der Erzieher sei eine Möglichkeit.

Frau Bonk erläutert, dass nur durch die Gemeindevertretung zusätzliche Ausgaben beschlossen werden. Eine zeitweise Erhöhung der zu leistenden Stunden werde seit langem praktiziert. Viele Erzieher wollen keinen Arbeitsvertrag über 40 Stunden. Sie erläutert auch die Vorteile eines Arbeitsvertrages von unter 40 Stunden für die Einrichtungen.

Herr Henschel meint, dass die angegebenen Stellen im Haushalt nicht mit der Realität übereinstimmen.

Frau Bonk erklärt, dass im Haushalt die Stellen auf 40 Stunden/Woche umgerechnet seien.

Herr Berschneider bemängelt, dass Personalangelegenheiten nicht im Kita-Ausschuss beraten werden.

Frau Bonk sagt, dass dies Bestandteil des Kitagesetzes und der Kommunalverfassung sei, ausschließlich der Bürgermeister habe die Personalhoheit.

Frau Geier sagt, dass sie bei Kürzungen der Öffnungszeiten (Notfall) ein großes Problem habe, da ihr Mann und sie Vollzeit tätig seien. Sie berichtet über die derzeitige Betreuung ihrer Kinder und den Wechsel der Erzieher, zum Teil bedingt durch Schwangerschaften. Sie meint, dass Eltern nicht bzw. nicht rechtzeitig über einen Erzieherwechsel / Leitungswechsel informiert werden.

Frau Bonk informiert über den im Frühling bevorstehenden Leitungswechsel in der Kita- Spatzenhaus. Sie gehe davon aus, dass die Eltern durch die Kitaleitung rechtzeitig informiert werden.

Frau Oertner informiert über die personelle Situation in der Kita-Spatzenhaus. Sie bemängelt, dass es bei Ausfällen nicht zu kurzfristigen Neubesetzung komme. Aus ihrer Sicht sei der „Notfall“ bisher nicht eingetreten, dass bei einer geringen personellen Besetzung der Kitas, parallel auch viele Kinder die Einrichtung krankheitsbedingt nicht besuchen. Sie meint, dass der vom Gesetzgeber vorgegebene Leitungsanteil, auch bei der derzeit vorgesehenen Erhöhung noch weit unterschritten werde. Sie spricht sich für eine Überschreitung des Betreuungsschlüssels aus. Bezugnehmend auf den Haushalt der vergangenen Jahre, meint sie, dass die Einstellung von zusätzlichen Erziehern möglich gewesen wäre, dass die vorgesehene Summe nicht ausgeschöpft wurde. Sie meint, dass in dem derzeit bestehenden Kitavertrag mit dem Landkreis der Kostenausgleich nicht geregelt wurde, dies bedeute zusätzliche Kosten für die Eltern. Die Einführung des Bürgerhaushaltes sei aus ihrer Sicht nicht notwendig, die Betreuung der Kinder sollte oberste Priorität haben.

Herr Bücker spricht die Verantwortung des Landes an betr. Erhöhung des Betreuungsschlüssels an. Durch die Gemeindevertretung sollte überprüft werden, ob die Einstellung von zusätzlichen Erziehern möglich sei. Diesbezüglich sollte bedacht werden, dass die Gemeinde auch andere notwendige Kosten haben z.B. Bau / Unterhaltung von neuen Kitas, Bau / Unterhaltung von Sportstätten, Betreuung von Jugendlichen und Senioren usw.

Herr Saro sagt, dass er innerhalb seiner Fraktion SPD-B90/Grüne den Vorschlag einbringen werde, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu stellen, einen zusätzlichen Erzieher einzustellen / zu finanzieren.

Herr Müller meint, dass eine Erweiterung der Digitalisierung notwendig sei. Teambildende Maßnahmen seien aus seiner Sicht in den Kitas erforderlich. Einen fraktionsübergreifenden Antrag bezüglich der Einstellung von zusätzlichen Erziehern befürworte er.

Herr Grimm erinnert daran, dass der Antrag zum Bürgerhaushalt durch die Fraktion DIE LINKE eingereicht wurde. Die zuständigen Mitarbeiter sehe er als engagiert, die Einstellung von zusätzlichen Erziehern unterliege einem Beschluss der Gemeindevertretung. Er spricht einige der zu finanzierenden Projekte der Verwaltung an, z.B. Straßenbau, sowie diverse freiwillige Aufgaben (z.B. Jugend- und Seniorenarbeit). Es sei notwendig, die Belange aller Bürger zu berücksichtigen.

Herr Petz meint, dass eine teilweise Stundenerhöhung bei den Erziehern eine Möglichkeit sei, den Mangel an Erziehern etwas auszugleichen. Des Weiteren wundert er sich, dass keine konkreten Angaben über den aktuellen Krankenstand bei den Erziehern möglich seien.

Frau Büldge ist mit der Arbeitsweise der zuständigen Mitarbeiter in der Verwaltung nicht einverstanden. Sie meint, dass die Wünsche der Eltern nicht ausreichend berücksichtigt werden und eingehende Briefe nicht bzw. unzureichend beantwortet werden. Eine übertarifliche Bezahlung der Erzieher sehe sie auch als Bindung der Arbeitnehmer. Sie verstehe nicht, warum nicht z.B. auf die Beschäftigung von Praktikanten zugegriffen werde.

Frau Matte spricht den Integrationsstatus (I-Status) ihrer Tochter an und die damit verbundenen Schwierigkeiten, einen Kitaplatz zu erhalten. Sie möchte wissen, was von Seiten der Gemeinde unternommen werde, um diese Kinder zu fördern bzw. speziell ausgebildeten Facherzieherinnen für Integration einzustellen.

Frau Tirado erwähnt, dass ein Beschluss des Elternbeirates Mühlenbecker Land beinhaltet, dass die Einstellung von Heilpraktikern in den Kitas ermöglicht werde. Sie erfragt, ob dies gesetzlich möglich sei.

Frau Bonk sagt, dass sie sich diesbezüglich mit Frau Brück vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) in Verbindung setzen werde, ob die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung möglich sei. Die Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin sei notwendig. Sie weist darauf hin, dass eine Überschreitung der geplanten Mittel für die Erzieher im Haushalt notwendig sei, um mögliche Tarifveränderung oder Änderung des Betreuungsschlüssels einzuplanen.

Frau Rennspieß meint, dass ohne Information die Gemeindevertreter keinen Einblick in die personelle Situation der Kitas haben.

Herr Berschneider spricht das Kindertagesstättengesetz an, dieses beinhaltet, dass der Kindertagesstättenausschuss die pädagogischen- und organisatorischen Angelegenheiten der Kitas beschließt. Lediglich die Entscheidungshoheit bezüglich des Personals obliegt dem Bürgermeister.

Frau Burdinski informiert über ihre Ausbildung (Erziehungswissenschaftlerin mit div. Zusatzausbildungen) sie bedauert, dass ihr leider nicht möglich sei mit dieser Ausbildung als Erzieherin in der Gemeinde zu arbeiten. Sie berichtet kurz über die tägliche Arbeit der Erzieher und bittet darum, dass alle Anwesenden sich dafür einsetzen, dass die jetzige Gesetzgebung dahingehend geändert werde, dass Erziehern mit ihrer bzw. ähnlichen Ausbildungen eine Tätigkeit als Erzieher im Land Brandenburg ermöglicht werde (derzeit dürfen nur staatlich anerkannten Erzieherin in Brandenburg als Erzieher arbeiten).

Frau Gerigk erklärt ihre Bereitschaft in dem künftigen Arbeitskreis mitzuarbeiten. Den Vorschlag, bezüglich des rotierenden Personals begrüße sie nicht. Sie befürwortet die mögliche Einstellung von zusätzlichen Personal.

Herr Saro meint, dass weitere Beratungen zu diesem Thema notwendig seien. Er wiederholt, dass er die Einreichung eines überfraktionellen Antrages betr. der Neueinstellung von ein bis zwei Erzieher/innen für das Haushaltsjahr 2019 befürworte und er diesbezüglich mit den Fraktionen Rücksprache führen werde.

TOP 08: Beratung zum Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 35 'Sportstätte Schönfließ - Am Reitweg', OT Schönfließ

Herr Saro verliest die Informationsvorlage.

Herr Müller weist darauf hin, dass dieser Aufstellungsbeschluss bereits in der vergangenen Gemeindevertretersitzung beschlossen wurde. Es wurde bereits ein Planungsbüro beauftragt und die nötigen Haushaltsmittel wurden eingestellt. Die Mitglieder des Rundendreher e.V. werden sich gemeinsam mit den zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung um Fördergelder bemühen.

Herr Birkicht (Vorsitzender Rundendreher e.V.) teilt mit, dass eine kurze Vorstellung des Projektes anhand einer PowerPoint-Präsentation möglich sei.

Herr Grimm begrüßt dieses Vorhaben. Heute gehe es ausschließlich darum, ob ein alternativer Standort möglich sei. Dieser wäre z.B. in der Nähe einer Schule, um auch in den Vormittagsstunden eine Auslastung zu erreichen.

Ein Mitglied des Vereins verweist darauf, dass die derzeitigen Trainingszeiten sehr gering seien. Er rechne bedingt durch diese ungünstige Situation, in der nächsten Zeit mit Fluktuationen. Anhand einer PowerPoint Präsentation zeigt er mögliche andere Standorte in der Gemeinde Mühlenbecker Land, die sich nicht im Landschaftsschutzgebiet befinden. Anhand eines Punktsystems werden Vor- und Nachteile einiger möglicher Standorte erläutert. Er würde begrüßen, wenn auch der OT Schönfließ eine Sportstätte erhalte. Das notwendige B-Plan Verfahren beinhaltet u.a. auch eine Standortanalyse.

Herr Müller begrüßt dieses Vorhaben. Er weist darauf hin, dass eine Nutzung am Vormittag auch durch die Kita möglich sei.

Frau Tirado stimmt diesem Vorhaben ebenfalls zu. Sie meint, dass hier auch Seniorensport möglich sei.

Herr Berschneider erinnert erneut daran, dass diese Fläche sich im Landschaftsschutzgebiet befindet. Die Zustimmung der Naturschutzbehörde stehe noch aus.

Ein Mitglied des Rundendreher e.V. teilt mit, dass eine mündliche Zusage erteilt wurde. Die schriftliche „offizielle“ Zusage stehe noch aus.

Herr Berschneider verweist auf die vorgesehene Fläche (FNP) im OT Mühlenbeck.

Herr Birkicht erwähnt, dass diese Fläche nicht im Eigentum der Gemeinde sei.

Herr Berschneider hält eine finanzielle Zusammenarbeit mit dem Landkreis (bedingt durch die Gesamtschule) sowie den Erhalt von Fördergeldern für möglich. Er spricht sich für diesen Standort in Mühlenbeck aus. Er sehe an diesem Standort eine bessere Auslastung.

Frau Rennspieß informiert, dass ihre Fraktion „DIE LINKE“ dieses Vorhaben in Schönfließ befürworte.

Frau Zanow verweist auf die hohen Kosten, sie hält eine Standortanalyse für notwendig. Die Auslastung an dem Standort in Schönfließ sehe sie ebenfalls als notwendige Diskussionsgrundlage. Sie spricht sich grundsätzlich für den Bau einer Sportanlage aus.

Die beiden Mitglieder des Rundendreher e.V. erläutern die mögliche Auslastung. Sie erläutern die zu erwartenden Probleme bei der Kopplung mit der Schule.

Herr Grimm verweist auf die hohen Baukosten (1,50 Mio. €), die durch die Gemeinde mit 90% zu finanzieren seien. Er meint, dass auf dem Sportplatz Glienicke / Bieselheide in bestimmten Bereichen noch freie Kapazitäten seien. Eine ähnliche Situation erwarte er auf dem Sportplatz Schönfließ / Bergfelde. Bei dem geplanten Bau der Waldorfschule seien ebenfalls Bewegungsflächen vorgesehen, hier sehe er auch die Möglichkeit diese mit zu nutzen. Die Gemeindevertretung solle die Interessen aller Bürger berücksichtigen. Er hält eine genaue Standortanalyse für unumgänglich.

Ein Mitglied der Rundendreher verweist auf mögliche Fördergelder.

Herr Grimm erinnert an die vorgesehene Finanzierung dieses Vorhabens und den Hinweis, „Grundlegend muss die Finanzierung des Projektes auch ohne Fördermittel gesichert sein.“

Die beiden Mitglieder des Rundendreher e.V. erläutert nochmals ausführlich die Schwierigkeiten der freien Kapazitäten der Sportanlagen anhand von Beispielen (z.B. mögliche Unfallgefahr). Die Durchführung bestimmter Sportarten sei unter den derzeitigen Bedingungen leider nicht möglich. Sie weisen darauf hin, dass eine Standortanalyse Bestandteil des weiteren Verfahrens sei.

Frau Bonk erläutert, die weitere formale Vorgehensweise bei diesem Bauvorhaben. Die zu erwartenden Kosten für den Bebauungsplan sind im Haushalt 2019 eingestellt.

Herr Saro bittet darum, dass die Rundendreher in der Sitzung der Gemeindevertretung ein Rederecht erhalten.

Herr Grimm weist darauf hin, dass die vorliegende Vorlage eine Informationsvorlage zum Aufstellungsbeschluss B-Plan GML Nr. 35 „Sportstätte Schönfließ – Am Reitweg“ sei. Dieser Aufstellungsbeschluss wurde bereits am 03.12.2018 beschlossen. Derzeit laufe das Bebauungsverfahren. Die Standortfrage werde im

jetzigen Verfahren, durch den Landkreis geprüft. In der kommenden Sitzung der Gemeindevertretung sei zu diesem Thema kein Tagesordnungspunkt vorgesehen.

Frau Bonk sagt, dass diese Beratungen im Allgemeinen in den Ausschüssen vorgesehen seien.

Frau Zanow meint, dass die bereits gefassten Beschlüsse die Grundlage seien, um weitere Planungsrechtliche Grundlagen zu prüfen u.a. die Frage des Standortes. Diese hält sie für bedeutend. Desweiteren weist sie darauf hin, dass die Sportanlage in Mühlenbeck noch freie Kapazitäten habe.

Herr Bücken bedauert, dass diese Vorlage erst jetzt auf der Tagesordnung des Sozialausschusses stehe, nachdem der Beschluss bereits gefasst wurde. Er meint, dass von Seiten der Rundendreher eine Eile an den Tag gelegt werde, die nicht erforderlich sei. Er befürchte, dass dadurch die Gefahr von unüberlegtem Handeln bestehe z.B. bei der Finanzierung und der Festlegung des Standortes.

Herr Birkicht erläutert ausführlich den bisherigen Werdegang. Das dem Sozialausschuss diese Beschluss-/Informationsvorlage nicht bzw. erst jetzt vorliegt liege nicht im Ermessen des Vereins.

Herr Berschneider wiederholt nochmals die Dringlichkeit der Standortanalyse. Er befürworte den Bau einer neuen Sportanlage.

Herr Saro bedankt sich bei allen für die Hinweise und Informationen. Er weist darauf hin, dass dieses Bauvorhaben zu einem späteren Zeitpunkt, für die weiteren notwendigen Beschlüsse, wieder beraten werde.

TOP 09: Behandlung von Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine Anfragen.

Herr Saro schließt den öffentlichen Teil, die Nichtöffentlichkeit ist hergestellt.